

Satzung

der Stadt Fehmarn über die Erhebung einer Kurabgabe

Präambel

Aufgrund des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.03.2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 153) sowie der §§ 1, 2 und 10, dort insbesondere Abs. 2, S. 1 Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein (im Folgenden KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2022, (GVOBl. Schl.-H. S. 564) sowie § 2 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG-SH), § 3 bis § 12 LDSG-SH, in der derzeit geltenden Fassung und Art. 9 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in der derzeit geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 29.09.2022 folgende Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Stadt Fehmarn ab 01.02.2023 erlassen.

§ 1

Erhebungsberechtigung und -zweck

Die Stadt Fehmarn erhebt aufgrund der Anerkennung als Kur- oder Erholungsort für besondere Vorteile aus der Möglichkeit zur Inanspruchnahme der städtischen Kur- und Erholungseinrichtungen und Veranstaltungen eine Kurabgabe im Sinne des § 10 Abs. 1 u. 2 KAG. Die Kurabgabe dient zur teilweisen Deckung der Aufwendungen für die Kur- und Erholungseinrichtungen nach § 10 Abs. 1 und 2 KAG.

Diese Ausgaben werden gedeckt durch:

- | | |
|----------------------------------|------|
| • Kurabgabe zu | 70 % |
| • Tourismusabgabe zu | 13 % |
| • Sonstige Erlöse und Erträge zu | 7 % |
| • Gemeindeanteil zu | 10 % |

Die Kurabgabe ist unabhängig davon zu zahlen, ob und in welchem Umfang die Einrichtungen benutzt werden.

§ 2

Abgabenschuldner, Abgabegegenstand

Die Kurabgabe wird von allen Personen, die im Erhebungsgebiet eine Unterkunft nehmen oder eine Unterkunft innehaben, ohne dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu haben (ortsfremd), als Gegenleistung dafür erhoben, dass ihnen die Möglichkeit geboten wird, öffentliche Einrichtungen zu benutzen und an Veranstaltungen teilzunehmen. Die Kurabgabe wird ergänzend auch von ortsfremden Personen erhoben, die sich im Erhebungsgebiet ohne Unterkunftnahme aufhalten und denen die in Satz 1 genannten Möglichkeiten geboten werden.

Nicht als ortsfremd gilt, wer sich aufgrund eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses regelmäßig im Erhebungsgebiet aufhält.

Als ortsfremd gilt auch, wer im Erhebungsgebiet Eigentümer, Besitzer einer Wohnungseinheit, wenn und soweit er sie überwiegend zu Erholungszwecken nutzt, oder Dauer- bzw. Saisonliegeplatzinhaber in Sportboothäfen bzw. Dauer- oder Saisoncamper auf einem Campingplatz ist.

§ 3

Befreiungen

- 1) Von der Kurabgabepflicht sind nicht erfasst:
 - a) in Ausübung ihres Dienstes oder Berufs vorübergehend Anwesende, soweit sie die Einrichtungen nicht in Anspruch nehmen bzw. die Nutzung der Einrichtungen zu den Aufgaben im Rahmen ihrer Tätigkeit gehört.
 - b) Kranke, die durch ein ärztliches Zeugnis nachweisen, dass sie ihre Unterkunft nicht verlassen können, für die Dauer der physischen Verhinderung und Kranke, die aufgrund psychischer Krankheiten zur Inanspruchnahme von Kureinrichtungen oder zur Teilnahme an Kurveranstaltungen nicht in der Lage sind.
 - c) Teilnehmer an Tagungen, Kongressen und gleichartigen Veranstaltungen, sofern die Veranstaltung vor Eintreffen der Teilnehmer im Erhebungsgebiet beim Tourismus-Service Fehmarn angemeldet wird und soweit die Tagungsteilnehmer die Einrichtungen nicht in Anspruch nehmen.
- 2) Von der Kurabgabepflicht sind freigestellt:
 - a) Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres

- b) Kinder, Kindeskinder, Geschwister und Geschwisterkinder, Eltern, Großeltern, Schwiegereltern, Schwiegertöchter und -söhne, Schwägerinnen und Schwäger von Personen, die in der Stadt Fehmarn ihren Hauptwohnsitz haben, sowie ggf. deren Lebenspartnerinnen und -partner, wenn sie unentgeltlich in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind und soweit sie die Einrichtungen nicht in Anspruch nehmen.
- 3) Die Voraussetzungen für die Freistellung von der Kurabgabepflicht nach den Absätzen 1 bis 2 sind von den Berechtigten glaubhaft zu machen.

§ 4 Abgabemaßstab

- 1) Bemessungsgrundlage ist grundsätzlich, vorbehaltlich der Pauschalierungsgründe gemäß Absatz 2, bei Tagesgästen die Zahl der Tage und bei Übernachtungsgästen die Zahl der Nächte des Aufenthaltes, unterschieden nach den Zeiträumen:

- a) Nebensaison
- b) Hauptsaison

des Jahres.

An- und Abreisetag gelten bei Personen, die im Erhebungsgebiet übernachten, als ein Tag, wobei der Anreisetag nicht berechnet wird.

- 2) Die Zahl der Aufenthaltstage wird auf 28 Tage der Hauptsaison pauschaliert (Jahressaisonpauschale), wenn der Kurabgabepflichtige

- a) einen entsprechenden Antrag stellt und einen Nachweis vorlegt.
- b) gemäß § 2 ortsfremder Eigentümer, Miteigentümer, sonstiger Dauernutzungsberechtigter einer Wohnungseinheit, Inhaber eines Saison- oder Dauerliegeplatzes in einem Sportboothafen im Erhebungsgebiet, Inhaber eines Saison- oder Dauercampingplatzes im Erhebungsgebiet oder der dauerhaft in deren Haushalt lebende Person ist.

Bereits erbrachte - nach Maßgabe des § 5 Abs. 1 - bemessene Kurabgabezahlungen werden angerechnet.

- 3) Wechselt das Nutzungsrecht oder Eigentum des im Abs. 2 b) beschriebenen Personenkreises im Laufe des Jahres, so zahlen der bisherige sowie der neue Nutznießer jeweils den für die kurabgabepflichtige Zeit zu berechnenden Anteil der Jahressaisonpauschale.

§ 5 Abgabesatz

- 1) Der Abgabesatz eines Übernachtungsgastes beträgt pro Nacht einschließlich der Mehrwertsteuer, vorbehaltlich der Ermäßigungen des § 6, in der Zeit vom
 - a) 01.01. - 14.05.(Nebensaison) 1,50 €
 - b) 15.05. - 14.09 (Hauptsaison) 2,30 €
 - c) 15.09. - 31.12.(Nebensaison) 1,50 €

- 2) Tagesgäste zahlen eine Tageskurabgabe und erhalten dafür eine Tageskurkarte. Der Beitragssatz beträgt einschließlich der Mehrwertsteuer für die Zeit vom
 - a) 01.01. - 14.05.(Nebensaison) 1,50 €
 - b) 15.05. - 14.09 (Hauptsaison) 2,50 €
 - c) 15.09. - 31.12.(Nebensaison) 1,50 €

- 3) Tagesgäste, die ohne gültige ostseecard oder ohne gültige Tageskurkarte angetroffen werden, zahlen bei Nachlösung 5,00 €.

§ 6 Ermäßigungen

- 1) Teilnehmer an Sammelreisen (z. B. Betriebsausflügen) ab 25 Personen erhalten auf vorherigen Antrag vom Tourismus-Service Fehmarn eine Ermäßigung der Kurabgabe in Höhe von 10 %.

- 2) Schwerbehinderte Personen, die einen Grad der Behinderung von mindestens 80 v. H. und mehr nachweisen, erhalten eine Ermäßigung von 50 %. Dieses gilt auch für eine ständig erforderliche Begleitperson, wenn sie durch den Eintrag „B“ auf der Vorderseite des Behindertenausweises vermerkt ist.

- 3) Kommen mehrere Ermäßigungsgründe in Betracht, so wird die Ermäßigung auf höchstens 50 % begrenzt.

- 4) Anträge auf Ermäßigung der Kurabgabe sind im Falle des Absatzes 1 mit Begründung schriftlich vor Ankunft im Erhebungsgebiet beim Tourismus-Service Fehmarn zu stellen.

§ 7

Entstehungszeitpunkt und -fälligkeit der Abgabeschuld

- 1) Die Kurabgabeschuld entsteht mit dem Eintreffen im Erhebungsgebiet. Sie ist beim Unterkunftsgeber, Verwalter oder Beauftragten, unverzüglich nach dem Eintreffen im Erhebungsgebiet zu entrichten.

- 2) Wer die Entrichtung der Kurabgabe nicht durch Vorlage einer gültigen ostseecard nachweisen kann oder nicht auf andere Weise glaubhaft machen kann, hat die Kurabgabe nachzuentrichten. Kann der Kurabgabepflichtige die tatsächliche Dauer des Aufenthalts nicht nachweisen und auch nicht glaubhaft machen, so hat er die Jahressaisonpauschale zu entrichten.

Dasselbe gilt im Falle der Haftung durch den Unterkunftsgeber oder andere zur Einziehung Verpflichtete (§ 10 Abs. 6), sofern diese nicht die tatsächliche Aufenthaltsdauer des Kurabgabepflichtigen durch Abgabe des ordnungsgemäß ausgefüllten Meldescheines nachweisen können.

- 3) Bei den Pflichtigen, bei denen die Kurabgabe nach § 4 Abs. 2 (Jahressaisonpauschale) zu bemessen ist, ist die Zahlung innerhalb eines Monats nach Erhalt der schriftlichen Zahlungsaufforderung fällig. Das Aufforderungsschreiben gilt hierbei drei Tage nach der Aufgabe zur Post als zugegangen.

§ 8

ostseecard / Jahresostseecard

- 1) Abgabepflichtige, deren Kurabgabe nach § 4 Abs. 2 pauschal bemessen wird, erhalten eine Jahresostseecard. Jahresostseecards werden mit einem vom Kurabgabepflichtigen kostenlos zu stellendem Lichtbild des Inhabers vom Tourismus-Service Fehmarn ausgestellt und haben jeweils eine Gültigkeit für ein Kalenderjahr. Die jährliche Gültigkeitsverlängerung erfolgt, nach Zahlungseingang, durch Freischalten eines auf der ostseecard aufgebrachten QR Codes.

- 2) Die ostseecard berechtigt für die Zeit ihrer Geltung, die Jahresostseecard für das gesamte laufende Kalenderjahr zur freien oder vergünstigten Inanspruchnahme des Angebotes an kommunalen Freizeit- und Erholungseinrichtungen und im Rahmen der vom Tourismus-Service Fehmarn durchgeführten Veranstaltungen. Die ostseecard ist beim Betreten dieser Einrichtungen und Besuch der Veranstaltungen mitzuführen und den Mitarbeitern oder Beauftragten des Tourismus-Service Fehmarn auf Verlangen vorzuzeigen.
Bei missbräuchlicher Benutzung wird die ostseecard ohne Ausgleichsleistung eingezogen.

- 3) Ausgegebene ostseecards bleiben Eigentum der Stadt Fehmarn. Bei Verlust der ostseecards werden auf Antrag und unter Vorlage des Meldescheines bzw. des Zahlungsbescheides Ersatzkarten durch den Tourismus-Service Fehmarn gegen eine Gebühr in Höhe von 5,00 € für die ostseecard und 10,00 € für die Jahresostseecard ausgestellt.

§ 9

Rückzahlungen

- 1) Kurabgabepflichtige, bei denen die Kurabgabe nach § 4 Abs. 2 Buchst. b) zu bemessen ist, werden bei Jahresbeginn mittels Zahlungsbescheid zur Abgabeentrichtung herangezogen. Diese Forderung wird bei Rückgabe der Jahresostseecard ausgesetzt, wenn der Pflichtige dies innerhalb eines Monats nach Erhalt des Zahlungsbescheides beantragt und geltend macht, dass er während des gesamten Jahres dem Erhebungsgebiet fernbleiben wird. Sofern er dies bis zum 31. Januar des Folgejahres nachweist, wird die Forderung aufgehoben.
- 2) Die übrigen Abgabepflichtigen, sofern sie nicht Jahresostseecard-Inhaber nach § 4 Abs. 2 Buchst. a) sind, erhalten im Falle des vorzeitigen Abbruchs ihres vorgesehenen Aufenthaltes die zu viel gezahlte Kurabgabe auf Antrag erstattet. Die Rückzahlung erfolgt nur an den Karteninhaber gegen Rückgabe der ostseecard und eine schriftliche Bescheinigung des Unterkunftsgebers. Der Anspruch auf Rückzahlung erlischt mit Ablauf von einem Monat nach der Abreise.

§ 10

Pflichten und Haftung des Unterkunftsgebers sowie von Reiseunternehmen

- 1) Unterkunftsgeber im Sinn dieser Vorschrift sind:
 - a) Vermieter von Gästezimmern jeder Art sowie deren Bevollmächtigte und Beauftragte.
 - b) Eigentümer oder sonstige Dauernutzungsberechtigte von Wohnungseinheiten sowie deren Bevollmächtigte oder Beauftragte, sofern sie die Unterkunft Dritten zur Nutzung überlassen. Gäste sind keine Bevollmächtigte oder Beauftragte.
 - c) Betreiber von Plätzen, die für die Aufstellung von Zelten, Wohnwagen, Wohnmobilen und dergleichen zur Verfügung gestellt werden, unabhängig davon, ob es sich um Campingplätze oder um sonstige Grundstücke, die für denselben Zweck zur Verfügung gestellt werden, handelt, sowie Betreiber von Sportboothäfen und deren Bevollmächtigte oder Beauftragte.
 - d) Leiter von Heimen wie Jugendherbergen, Jugendheimen, Kinderheimen und Kinderkurheimen, sowie deren Bevollmächtigte oder Beauftragte.
- 2) Jede die Person oder die Anschrift des Unterkunftsgebers betreffende Veränderung ist dem Tourismus-Service Fehmarn schriftlich innerhalb von zwei Wochen mitzuteilen. Eine Mitteilung mittels elektronischer Post ist ebenfalls ausreichend.
- 3) Jeder Unterkunftsgeber ist verpflichtet, jeder von ihm aufgenommenen Person ab 18 Jahren eine ostseecard auszuhändigen und unter Verwendung der vom Tourismus-Service Fehmarn kostenlos zur Verfügung gestellten Meldescheine durch den Gast Namen, Vornamen, Alter und Anzahl der mitreisenden minderjährigen Kinder sowie den An- und Abreisetag und die

Heimatanschrift eintragen zu lassen, soweit er sich nicht eines durch den Tourismus-Service Fehmarn zur Verfügung gestellten elektronischen Mitteilungssystems bedient.

Unterkunftsgeber, die ein eigenes Reservierungs- bzw. Abrechnungssystem für ihren Unterkuftsbetrieb haben, sollen die Abrechnung der Kurabgabe über das System vornehmen, wenn dieses System mit der Kurabgabeabrechnung des Tourismus-Service Fehmarn verbunden wird oder dem Tourismus-Service Fehmarn aus diesem System heraus die in Absatz 1 genannten Daten übermittelt werden. Für die Nutzung des Online – Meldescheines und der digitalen ostseecard ist die Zustimmung des Tourismus-Service Fehmarn erforderlich und es ist ein vom Tourismus-Service Fehmarn vorgegebenes Verfahren zu verwenden.

Die Regelungen des Bundesmeldegesetzes und des Meldegesetzes für das Land Schleswig-Holstein bleiben hiervon unberührt.

Die für den Tourismus-Service Fehmarn bestimmte Kopie des Meldescheines bzw. die zur Abrechnung der ostseecard erforderlichen Daten sind innerhalb von drei Wochen nach Anreise des Gastes beim Tourismus-Service Fehmarn einzureichen.

Der Gast hat die Richtigkeit der Angaben und den Empfang der ostseecard durch seine Unterschrift zu bestätigen. Eine digitale Unterschrift ist hierbei ausreichend.

- 4) Jeder Unterkunftsgeber ist verpflichtet, für die von ihm ausgehändigte ostseecard die Kurabgabe zu errechnen, diese vom Gast einzuziehen und an den Tourismus-Service Fehmarn nach Rechnungsstellung kostenfrei und grundsätzlich bargeldlos innerhalb von 10 Tagen abzuführen oder aber dem Tourismus-Service Fehmarn die Ermächtigung zum Lastschriftverfahren zu erteilen. In Ausnahmefällen können Bargeldeinzahlungen an den Einzahlungsstellen des Tourismus-Service Fehmarn vorgenommen werden.

Ausnahmefälle für Bargeldeinzahlung der Kurabgabe sind:

- Der Einzahler hat kein Bankkonto bei einer Europäischen Bank.
 - Die zum Zahlungsverkehr genutzten Bankkonten sind durch Pfändungsbeschlüsse gesperrt. (Nachweis Pfändungsverfügung ist vorzulegen).
 - Besonderer Härtefall bei Erbschaft (in der Testaments-/Übertragungszeit).
- 5) Jeder Unterkunftsgeber sowie dessen Bevollmächtigte oder Beauftragte haften gesamtschuldnerisch im Rahmen der den ihm nach den Absätzen 2 und 3 obliegenden Pflichten für die rechtzeitige und vollständige Einziehung und Abführung der Kurabgabe an den Tourismus-Service Fehmarn.
 - 6) Jeder Unterkunftsgeber, dessen Bevollmächtigte oder Beauftragte, hat ein Gästeverzeichnis zu führen, in das alle Gäste am Tage der Ankunft einzutragen sind. Das Gästeverzeichnis ist den Mitarbeitern oder Beauftragten des Tourismus- Service Fehmarn bei Kontrollen vorzulegen.

Die Aufzeichnung im Gästeverzeichnis hat zu enthalten:

Namen, Vornamen und Alter der aufgenommenen Personen, deren Anschriften und die Ankunfts- und Abreisetage.

Betreiber von Sportboothäfen oder Campingplätzen haben ein vereinfachtes Gästeverzeichnis ohne An- und Abreisetag zu führen.

Dem Tourismus-Service Fehmarn sind zur Veranlagung der Saison- und Dauerplatzinhaber bzw. der Saison- und Dauercamper unter Verwendung einer durch den TSF bereitgestellten Vorlage bis zum 31. Januar eines jeden Jahres alle relevanten Daten zur Verfügung zu stellen.

Nach dem 31. Januar hinzukommende Saison- und Dauerliegeplatzinhaber bzw. Saison- und Dauercamper sind innerhalb einer Woche nachzumelden.

- 7) Jeder Unterkunftsgeber hat diese Satzung für die von ihm aufgenommenen Personen sichtbar auszulegen.
- 8) Die vom Tourismus-Service Fehmarn kostenlos ausgegebenen ostseecards und Meldescheine sind lückenlos nachzuweisen. Verschriebene analoge Meldescheine, ostseecards und nicht genutzte Zweitkarten sind gem. Ziff. 3 Abs. 4 ebenfalls innerhalb von drei Wochen einzureichen. Verlorene analoge Meldescheine und ostseecards werden dem Unterkunftsgeber als pauschale Kurabgabe in Höhe einer Jahreskurabgabe in Rechnung gestellt.
- 9) Reiseunternehmen sind verpflichtet, die Kurabgabe einzuziehen und abzuführen soweit die Kurabgabe in dem Entgelt enthalten ist, das die Reiseteilnehmerinnen und Reiseteilnehmer an die Reiseunternehmen entrichten.

§ 11 Datenverarbeitung

- 1) Der Tourismus Service Fehmarn ist befugt, auf der Grundlage von
 - a) Angaben der Abgabepflichtigen bzw. derjenigen Personen, die von der Abgabepflicht befreit sind sowie
 - b) nach eigenen Ermittlungen gemäß Abs. 2 erhaltenen Angaben ein Verzeichnis mit den für die Abgabenerhebung im Sinne dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und zu verarbeiten. Die Gästedaten werden beim Tourismus-Service Fehmarn elektronisch gespeichert.

- 2) Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist der Tourismus-Service Fehmarn befugt, zur Durchführung der Erhebung der Kurabgabe personenbezogene Daten aus folgenden Unterlagen zu verwenden, soweit sie für die Aufgabenerfüllung nach dieser Satzung erforderlich sind:
- a) die an den Tourismus-Service Fehmarn von den Vermietern übermittelten Durchschriften der von diesen ausgestellten Meldescheine sowie des zu führenden Gästeverzeichnisses,
 - b) die nach den Vorschriften des Landesmeldegesetzes der Stadt Fehmarn und dem Tourismus-Service Fehmarn bekannt gewordenen Daten aus der An- und Abmeldung der Gäste,
 - c) die aus Melderegisterauskünften anderer Orte bekannt gewordenen Daten,
 - d) die bei der Überprüfung der Vermieterbetriebe und der Strandparkplätze durch besonders beauftragte Mitarbeiter des Tourismus-Service Fehmarn diesen Mitarbeitern bekannt gewordenen Daten,
 - e) die bei der Stadt Fehmarn verfügbaren Daten aus der Veranlagung der Zweitwohnungssteuer nach der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Fehmarn,
 - f) die bei der Stadt Fehmarn verfügbaren Daten aus der Veranlagung der Tourismusabgabe durch die Stadt Fehmarn im Erhebungsgebiet,
 - g) die durch Mitteilungen der bisherigen Nutznießer von Wohngelegenheiten, Campingplätzen und Sportbooten bekannt gewordenen Daten,
 - h) die aus der Vermittlung von Ferienunterkünften durch den Tourismus-Service Fehmarn oder andere Vermittlungsbetriebe bekannt gewordenen Daten erheben.

Der Tourismus-Service Fehmarn ist darüber hinaus zur Erhebung personen- und grundstücksbezogener Daten nach Maßgabe des Landesdatenschutzgesetzes S-H und der DSGVO beim Finanzamt Oldenburg, beim Grundbuchamt des Amtsgerichts Oldenburg, beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (Katasteramt Ostholstein) sowie bei der Stadtverwaltung Stadt Fehmarn befugt. Der Tourismus-Service Fehmarn darf sich diese Daten von den entsprechenden Stellen übermitteln lassen.

- 3) Die Daten dürfen vom Tourismus-Service Fehmarn nur zur betriebsinternen Abgabenüberwachung und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung genutzt werden und sind nach Ablauf von 15 Monaten zu löschen.
- 4) Der Tourismus-Service Fehmarn darf sich diese Daten von den genannten Stellen übermitteln lassen. Der Einsatz von technikerunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- 1) Ordnungswidrig handelt, wer als Steuerpflichtige/r oder bei der Wahrnehmung der Angelegenheiten eines/r Steuerpflichtigen leichtfertig
 - a) über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht

oder
 - b) die Stadt Fehmarn oder den Tourismus-Service Fehmarn pflichtwidrig über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt und dadurch Kurabgaben verkürzt oder nicht gerechtfertigte Kurabgabenvorteile für sich oder einen anderen erlangt. Die Strafbestimmungen bei Vorsatz des § 16 Abs. 1 KAG bleiben unberührt.
- 2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder leichtfertig Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind und es dadurch ermöglicht, dass Kurabgaben verkürzt oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile erlangt werden.
- 3) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG handelt auch, wer den Auskunftspflichtigen nach § 10 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt oder als Unterkunftsgeber den Pflichten nach § 10 zuwiderhandelt und als Gast die ostseecard Dritten überlässt oder die Nutzung durch Dritte duldet.
- 4) Gemäß § 18 Abs. 3 KAG kann eine Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 mit einer Geldbuße bis zu 2.500 Euro, eine Ordnungswidrigkeit nach Abs. 2 mit einer Geldbuße bis zu 500 Euro geahndet werden.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.02.2023 in Kraft. Gleichzeitig treten die bisherigen das Stadtgebiet betreffenden Satzungen über die Erhebung einer Kurabgabe außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Fehmarn, den 5.10.22 .2022

Stadt Fehmarn
Der Bürgermeister


(Jörg Weber)

